

A

m 20. Juni 1991 fällte der Deutsche Bundestag in seinem Ausweichquartier, dem Bonner Wasserkwerk, eine wegweisende Entscheidung: 338 Abgeordnete votierten dafür, dass Parlament wie Regierung ihren Sitz in Berlin nehmen sollten; 320 gaben Bonn den Vorzug. Damit hatte sich Berlin mit knapper Mehrheit gegen Bonn durchgesetzt.

Wie kam dieser Beschluss zugunsten Berlins zustande, der keineswegs zu erwarten gewesen war? Denn die Parlamentarier unterlagen keiner Fraktionsdisziplin, sodass sich die Lager der Berlin- beziehungsweise Bonn-Befürworter quer zu parteipolitischen Bindungen bildeten und das Endergebnis nicht kalkulierbar war. Ein Eintauchen in die dynamischen Willensbildungsprozesse fördert die Erkenntnisse zutage, dass kaum einmal in der Geschichte des bundesdeutschen Parlamentarismus genuin historische Argumente in einem solchen Maße zur Geltung gebracht wurden wie bei dieser Abstimmung. Die Verfechter Berlins wie diejenigen Bonns riefen die Geschichte als Kronzeugin auf, wobei sie eine sehr unterschiedliche Sicht auf die deutsche Geschichte offenbarten. Die Anwälte Berlins holten historisch weiter aus, während die Befürworter Bonns die für sie politisch ausbeutbare deutsche Geschichte erst ab 1945 beginnen ließen.

Im Wettbewerb zwischen Berlin und Bonn ging es nicht zuletzt um die Deutungsroheit über die preußisch-deutsche Geschichte. Dabei springt ins Auge, dass ein eigentlich naheliegendes Thema nur ein Randdasein fristete: die Symbolkraft des Gebäudes, in dem nicht wenige der am 20. Juni 1991 Abstimmenden ihre parlamentarische Laufbahn fortsetzen würden. In symbolischer Hinsicht warteten Berlin und Bonn mit Angeboten auf, die nicht unterschiedlicher hätten sein können. Berlin hatte ein Parlamentsgebäude zu bieten, das seit 1894 Sitz der deutschen Volkswertung war und in dem auch die Weimarer Republik ihren Parlamentarismus praktiziert hatte. Bonn hingegen hatte gerade einen neuen Plenarsaal bauen lassen, der erst im Jahr 1992 bezugsfertig war. War es nicht naheliegend, dass die Berlin-Befürworter das Pfund des Reichstagsgebäudes in die Waagschale warfen und es als den einer gesamtdeutschen Volkswertung einzig angemessenen Ort propagierten? War das Reichstagsgebäude im Schatten der Mauer nicht in einen Dornröschenschlaf verfallen, damit es von der deutschen Einheitsbewegung politisch wachgeküsst und seiner eigentlichen Bestimmung zugeführt werden sollte?

In der Tat war das symbolische Kapital des Reichstagsgebäudes beträchtlich. Bereits zu Zeiten des Kaiserreichs brachte es das Selbstbewusstsein einer Volkswertung zum Ausdruck, die auf politische Mitwirkung pochte und sich nicht von monarchischer Gewalt kommandieren lassen wollte. Der Reichstag stieg zum Zentralort politischer Kommunikation auf und avancierte in kaiserlicher Zeit zum Nationalsymbol schlechthin. Nach 1918 wurde er zum Schauplatz des Umbruchs von der Monarchie zur Republik, als Scheidemann am 9. November 1918 von einem Fenster dieses Gebäudes aus das Ende der Monarchie proklamierte. Danach war der Wallot-Bau Ort und Kulisse zermoralisierender Selbstdarstellung der ersten deutschen Demokratie. Auch deren Untergang war mit dem Schicksal des Gebäudes aufs Engste verknüpft, weil dessen Brandstiftung Ende Februar 1933 die Machtkonzentration beim wenige Wochen zuvor ernannten Reichskanzler Hitler verstärkte. Dieser Reichstagsbrand trug dazu bei, das Gebäude aufseiten der Kommunisten aufzuwerten, da das Anzünden des Reichstags als erstes großes Verbrechen der NS-Diktatur gedeutet wurde, ein Fanal für das, was später folgen würde. Endgültig machten die kommunistischen Machthaber der DDR ihren Frieden mit diesem Gebäude dadurch, dass es von der Roten Armee zum symbolischen Ort des Sieges über „Hitler-Deutschland“ aus-



Das Symbol

Wie der Bundestag den Reichstag verhielt.

Von Wolfram Pyta

erkoren worden war, auf dem im Mai 1945 die Sowjetfahne gehisst wurde.

Das Erfolgsgeheimnis des Reichstagsgebäudes war seine symbolische Vielseitigkeit. Durch die Berlin-Blockade 1948 rückte Berlin in die neue symbolische Position eines Leuchturms der Freiheit ein; und Berlins Bürgermeister Ernst Reuter wählte bewusst das kriegsbeschädigte Reichstagsgebäude aus, um auf seinen Stufen im Jahre 1948 Freiheitsreden zu halten, die das Reichstagsgebäude als Schauplatz des Freiheitsringens deutscher Geschichte seit dem 19. Jahrhundert einschlossen.

Die Verkürzung der deutschen Demokratiegeschichte

Doch die Beworragung der Symbolkraft des Reichstagsgebäudes gelang nicht auf Dauer. Je weiter die deutsche Teilung voranschritt, desto mehr zerbröckelte die Symbolkraft des Wallot-Baus. Zwar tagte der im Dezember 1990 gewählte gesamtdeutsche Bundestag bei seiner konstituierenden Sitzung am 20. Dezember 1990 im Reichstagsgebäude. Al-

terspräsident Willy Brandt unternahm in seiner Rede auch den ehrenwerten Versuch, dieses Gebäude als Schauplatz symbolträchtiger Aktionen an die Zukunft des gesamtdeutschen Parlamentarismus anzubinden. Doch solche Bemühungen fielen auf keinen fruchtbaren Nährboden, weil bei den westdeutschen Entscheidern das Narrativ vorherrschte, die deutsche Demokratiegeschichte habe

eigentlich erst mit der Gründung der Bonner Republik von 1949 eingesetzt.

Eine solche Verkürzung der deutschen Demokratiegeschichte fand vor allem bei der zahlenmäßig stark anwachsenden Zahl von Abgeordneten Gehör, die in der Bonner Republik sozialisiert worden waren. Viele Abgeordnete gaben ihre Entscheidung zugunsten Bonns als Generationenfrage aus und hielten dementsprechend im Bundestag eine Generationenrede, in welcher sie die symbolpolitische Ausstrahlung Berlins in toto und damit auch die des Reichstagsgebäudes im Speziellen energisch zurückwiesen. Sie präsentierten sich als Angehörige einer Generation, die nur die Bonner Republik als symbolfähig einstufte. Diese habe durch Westintegration und europäische Einigung ein politisches Erbe hinterlassen, das allein von Bonn aus gepflegt werden könne. Zugleich wurden auf Berlin die dunklen Seiten der deutschen Geschichte abgelenkt; und selbst die Neuentfaltung Berlins als Symbol der Freiheit durch Ernst Reuter stieß bei dieser Generation auf keinen Widerhall.

Diese symbolische Expropriierung Berlins schloss konsequenterweise auch den Reichstag als Institution und als Gebäude ein. Denn hätten die Berlin-Befürworter nur dann offensiv begegnen können, wenn sie an ein Geschichtsbild hätten anknüpfen können, welches Traditionen deutschen Parlamentarismus aus der Zeit vor 1933 gepflegt hätte. Da dem nicht so war, blieb es bei Einzelstimmen vor allem in der FDP-Fraktion, die – wie der ehemalige

Berliner Senator Wolfgang Lüder – das historische Wissen wiederzubeleben suchten, wonach Scheidemann vom Reichstag aus die Republik ausgerufen habe und im Reichstag politische Größen wie Gustav Stresemann und Theodor Heuss gewirkt hätten. Dieser historische Nachhilfenunterricht konnte in der Parlamentsdebatte vom 20. Juni gelegentlich Höhenzüge erklimen, wenn der ehemalige Bundesbauminister Oscar Schneider insbesondere seine Parteifreunde von der CSU über die aufklärerischen Traditionen preußischer Geschichte informierte und als Maßstab für seine selbstredend zugunsten Berlins ausfallende Entscheidung postulierte: „Heute darf nur gelten, was den geistigen Abmessungen unserer Geschichte gerecht wird.“

Doch eine derart eindringliche Geschichtslektion erreichte in diesem wie in anderen Fällen nur diejenige Minderheit, die für einen umfassenden Blick auf die preußisch-deutsche Geschichte empfänglich war. Ansonsten verharteten die Berlin-Befürworter in geschichtspolitischen Defensiv- und hitlerischen Vorurteilen, den Reichstag als gestaltenden Faktor deutscher Politik bis 1933 ins Spiel zu bringen. Man behaft sich mit dem Hinweis, dass West-Berlin nach 1945 zum symbolischen Ort aufgestiegen war, an dem sich das Freiheitsverlangen Bahn brach. Doch dabei verwies man neben der Luftbrücke auf die Rede Kennedys vor dem Schöneberger Rathaus vom Juni 1963; einen Hinweis auf die Auftritte Ernst Reuters vor dem Reichstagsgebäude verknüpfte sich selbst Willy Brandt, der politische Erbe Reuters.

Es ist daher bezeichnend, dass Ost-Berlin rechnerisch und politisch aus dem Westen stammen konnten an Ernst Reuter; er rief vor aller gepflegte historische Bewachung. Der ostdeutsche Debatte die Diskurse seitens der Mauer, die aufzug nahmen. In einer politischen Rede erinnerte er an den Reichstag als ein

Die Bedeutung des Gebäudes

Konrad Weiß ging aus der Bewegung hervor und verurteilte die Diskurse der Mauer, die aufzug nahmen. In einer politischen Rede erinnerte er an den Reichstag als ein gepflegte historische Bewachung. Der ostdeutsche Debatte die Diskurse seitens der Mauer, die aufzug nahmen. In einer politischen Rede erinnerte er an den Reichstag als ein gepflegte historische Bewachung. Der ostdeutsche Debatte die Diskurse seitens der Mauer, die aufzug nahmen. In einer politischen Rede erinnerte er an den Reichstag als ein

Das Symbol der Demokratie



Illustration Greser & Lanz

Das Symbol

Wie der Bundestag den Reichstag verhüllte.

Von Wolfram Pyta

war, auf dem im Mai 1945 gelehnt wurde. Heimnis des Reichstagsne symbolische Vielden Berlin-Blockade 1948 die neue symbolische Position der Freiheit Bürgermeister Ernst Reuter als kriegsbeschädigte aus, um auf seinen 1948 Freiheitsreden zu Reichstagsgebäude als Freiheitsringens deutet seit dem 19. Jahrhun-

der deutschen

tion der Symbolkraft Gebäudes gelang nicht auf die deutsche Teilung in mehr zerbrochene die Wallot-Baus: Zwar tagte im 1990 gewählte Bundestag bei seiner Sitzung am 20. De-

Reichstagsgebäude. Al- lily Brandt unternahm in auch den ehrenwerten Gebäude als Schauplatz Aktionen an die Zu- amdeutschen Parlamen- den. Doch solche Bemü- il bei den westdeutschen, als Narrativ vorherrschte, amokratische Geschichte habe

eigentlich erst mit der Gründung der Bonner Republik von 1949 eingesetzt.

Eine solche Verkürzung der deutschen Demokratiegeschichte fand vor allem bei der zahlenmäßig stark anwachsenden Zahl von Abgeordneten Gehör, die in der Bonner Republik sozialisiert worden waren. Viele Abgeordnete gaben ihre Entscheidung zugunsten Bonn als Generationenfrage aus und hielten dementsprechend im Bundestag eine Generationenrede, in welcher sie die symbolpolitische Ausstrahlung Berlins in toto und damit auch die des Reichstagsgebäudes im Speziellen energisch zurückwiesen. Sie präsentierten sich als Angehörige einer Generation, die nur die Bonner Republik als symbolfähig einstuft. Diese habe durch Westintegration und europäische Einigung ein politisches Erbe hinterlassen, das allein von Bonn aus gepflegt werden könne. Zugleich wurden auf Berlin die dunklen Seiten der deutschen Geschichte abgeleitet; und selbst die Neuerfindung Berlins als Symbol der Freiheit durch Ernst Reuter stieß bei dieser Generation auf keinen Widerhall.

Diese symbolische Expropriierung Berlins schloss konsequenterweise auch den Reichstag als Institution und als Gebäude ein. Dem hätten die Berlin-Befürworter nur dann offensiv begegnen können, wenn sie an ein Geschichtsbild hätten anknüpfen können, welches Traditionen deutschen Parlamentarismus aus der Zeit vor 1933 gepflegt hätte. Da dem nicht so war, blieb es bei Einzelstimmen vor allem in der FDP-Fraktion, die – wie der ehemalige

Berliner Senator Wolfgang Ijider – das historische Wissen wiederzubeleben suchten, wonach Scheidemann vom Reichstag aus die Republik ausgerufen habe und im Reichstag politische Größen wie Gustav Stresemann und Theodor Heuss gewirkt hätten. Dieser historische Nachhelfer hätte nicht in der Parlamentsdebatte vom 20. Juni gelegentlich Höhenzüge erklären können, wenn der ehemalige Bundesbauminister Oscar Schneider insbesondere seine Parteifreunde von der CSU über die aufklärerischen Traditionen preussischer Geschichte informierte und als Maßstab für seine selbstredend zugunsten Berlins ausfallende Entscheidung postulierte: „Heute darf nur gelten, was den geistigen Abmessungen unserer Geschichte gerecht wird.“

Doch eine derart eindringliche Geschichtskritik erreichte in diesem wie in anderen Fällen nur diejenige Minderheit, die für einen umfassenden Blick auf die preussisch-deutsche Geschichte empfänglich war. Ansonsten verharteten die Berlin-Befürworter in geschichtspolitischer Defensivität und hielten sich davon, den Reichstag als gestaltenden Faktor deutscher Politik bis 1933 ins Spiel zu bringen. Man behalt sich mit dem Hinweis, dass West-Berlin nach 1945 zum symbolischen Ort aufgestiegen war, an dem sich das Freiheitsverlangen Bahn brach. Doch dabei verwies man neben der Luftbrücke auf die Rede Kennedys vor dem Schönberger Rathaus vom Juni 1963: einen Hinweis auf die Auftritte Ernst Reuters vor dem Reichstagsgebäude verknüpfte sich selbst Willy Brandt, der politische Erbe Reuters.

Es ist daher bezeichnend, dass ausgerechnet ein aus Ost-Berlin stammender Intellektueller und politischer Freigeist die aus dem Westen stammenden Abgeordnetenkollegen an Ernst Reuter erinnerte.

Die Bedeutung des Gebäudes

Konrad Weiß ging aus der Bürgerrechtsbewegung hervor und verknüpfte als einziger Bundestagsabgeordneter in dieser Debatte die Diskurse diesseits und jenseits der Mauer, die auf den Reichstag Bezug nahmen. In einer poetisch anrührenden Rede erinnerte er nicht nur an Ernst Reuter; er rief vor allem das in der DDR gepflegte historische Bild vom Reichstag wach. Der ostdeutsche Bürgerrechtler führte das Anzünden des Reichstags wie die „rote Siegesfahne auf seinem Dach“ als historisches Doppelargument an, um den Reichstag symbolisch positiv zu besetzen. Damit brachte Konrad Weiß zugleich zum Ausdruck, dass bestimmte historische Versatzstücke aus der DDR-Zeit, sofern vom Parteidogma der SED und ihrer Nachfolger gereinigt, bei der Wiederentdeckung des Reichstags als Symbolort hilfreich sein könnten. Dies allerdings blieb im Kern ein ostdeutscher Diskurs; und dass sich die überwältigende Mehrheit der ostdeutschen Bundestagsabgeordneten trotz mancher Vorbehalte gegen Berlin als privilegiertes Zentrum des SED-Regimes für Berlin aussprachen, mag auch an einer Wertschätzung des Reichstagsgebäudes gelegen haben.

Doch der generationelle Faktor schlug bei der Abstimmung vom 20. Juni erheblich zu Buche. Die westdeutschen Abgeordneten, die für Bonn votierten, waren jünger als die Berlin-Befürworter. Gerade unter diesem Aspekt war der Redeauftritt Wolfgang Schäubles ein ausschlaggebender Faktor zugunsten Berlins. Hier trat ein in der Nähe der französischen Grenze beheimateter Fraktionsvorsitzender der stärksten Regierungsfraktion inspe und ein in der Bonner Republik sozialisierter Politiker als Botschafter Berlins auf. Schäuble betrieb dabei Selbstbeschränkung, weil er die symbolische Bedeutung Berlins allein für die Zeit ab 1945 ausschöpfte. In strategischer Hinsicht war das Engagement des Südbadeners für die ehemalige Reichshauptstadt der entscheidende Faktor, der Berlin den Zugang zu noch fehlenden Stimmen unter baden-württembergischen CDU-Abgeordneten eröffnete. Und dass Baden-Württemberg unentbehrliche Schrittmacherdienste für Berlin leistete, kam auch darin zum Ausdruck, dass sich einen Tag vor der Bundestagsentscheidung auch der Landtag in Stuttgart mit klarer Mehrheit für Berlin ausgesprochen hatte. Es war ein wohldestierter Einsatz historischer Argumente, der diese „Süderweiterung“ der Berlin-Fraktion ermöglichte; und daher musste die symbolische Bedeutung des Reichstags bewusst verhüllt werden.

Die zweite Verhüllung des Reichstags durch Christo trug vier Jahre nach der wegweisenden Bundestagsentscheidung dazu bei, das Reichstagsgebäude in seiner Symbolfunktion für die Geschichte des deutschen Nationalstaats neu zu entdecken. Dieser Prozess ist bei Weitem noch nicht abgeschlossen; und insofern kann eine Rückbestimmung auf das, was geschichtsbewusste Parlamentarier hinsichtlich des Reichstagsgebäudes im Juni 1991 noch nicht aussprechen wollten, dreißig Jahre danach zur historischen Standortbestimmung des deutschen Parlamentarismus beitragen.

Professor Dr. **Wolfram Pyta** lehrt Neuere Geschichte an der Universität Stuttgart und ist Direktor der Forschungsstelle Ludwigswyung.